

AK-Pressedienst vom 18. Januar 2019

AK fordert Jahr der (Weiter-)Bildung

„Das Jahr 2019 muss das Jahr der Bildung werden. Nur so sind die enormen Herausforderungen zu meistern, vor denen das Saarland steht“, betont der Vorstandsvorsitzende der Arbeitskammer Jörg Caspar beim Jahresauftaktgespräch der Arbeitskammer am Freitag im Bildungszentrum Kirkel.

Studien prognostizieren, dass sich rund 70 Prozent aller saarländischen Arbeitsplätze durch die Digitalisierung verändern werden. Darüber hinaus befindet sich das Saarland in einem wirtschaftlichen Aufholprozess, der von strukturpolitischen Unsicherheiten begleitet wird.

Das Land hat erste Weichen gestellt, es besteht aber weiter dringender Handlungsbedarf. Die Arbeitskammer fordert, die Maßnahmen noch zu intensivieren. „Wir brauchen eine gemeinsame ‚Offensive für Bildung‘ von Politik, Kammern und Verbänden“, sagt Caspar.

Dabei geht es der Kammer um eine ganzheitliche Betrachtung. Beginnend im frühkindlichen Bereich über das allgemeine Schulwesen und die betriebliche Ausbildung oder das Studium bis hin zur beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung sieht die Kammer erheblichen bildungspolitischen Nachhol- bzw. Entwicklungsbedarf.

Konkret fordert die Arbeitskammer:

Im schulischen Bereich

- Landesregierung und Schulträger sollen deutlich mehr in das Schulsystem investieren. Die Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in müssen mindestens auf den Bundesdurchschnitt angehoben werden.
- Die Schulsozialarbeit muss landesweit abgesichert werden. Es darf keine Schule ohne multiprofessionelle Teams geben.
- Es muss mehr Planstellen für Lehrkräfte geben. Außerdem sollen mehr Lehrer ausgebildet werden. Und es braucht eine Lehrerreserve für berufliche Schulen, damit an dieser Schulform nicht weiterhin so viel Unterricht ausfällt.

In der Arbeitsmarktpolitik

- Gering Qualifizierte, Arbeitnehmer ohne Berufsabschluss oder prekär Beschäftigte müssen bei der beruflichen Weiterbildung stärkere Berücksichti-

gung finden. Die bestehenden Landesprogramme sind hier konsequent zu nutzen.

- Bei finanzieller Förderung von Unternehmen durch das Land muss das Kriterium „Weiterbildung“ berücksichtigt werden.
- Es muss einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung geben, wenn eine Qualifizierung erforderlich ist, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder in Arbeit zu kommen.
- Deshalb schlagen wir ein Qualifizierungsgeld für Arbeitslose vor, um den Mehraufwand für Weiterbildung anzuerkennen.

Im Zuge der Digitalisierung

- Ohne den Nachweis von Weiterbildungsangeboten für die Beschäftigten darf das Land keine Fördermittel für neue Technologien vergeben.
- Die Mitbestimmung in den Betrieben und Dienststellen muss erweitert werden, damit sich in den Betrieben eine Kultur des lebenslangen Lernens etablieren kann.
- Damit auch Kinder und Jugendliche auf die Anforderungen der digitalen (Berufs-)Welt vorbereitet werden, fordert die AK bedarfsgerechtes und sicheres WLAN, eine zeitgemäße Internetgeschwindigkeit, Notebooks und Tablets sowie Systemadministratoren an jeder Schule.
- Die Berufsbildungszentren müssen im Zuge der digitalen Transformation zu regionalen Kompetenzzentren der Aus- und Weiterbildung ausgebaut werden.

In der Pflege

- Wir fordern Qualitätssicherung und mehr Transparenz der Weiterbildung für die professionelle Pflege im Saarland.
- Die verschiedenen Akteure in der Weiterbildungslandschaft müssen besser vernetzt werden.
- Wir werden unsere eigenen Aktivitäten für die Beschäftigten in der Pflege verstärken und neue Weiterbildungsangebote entwickeln.

In der Demokratiebildung

- Wir fordern eine massive Aufwertung der politischen Bildung. Vor allem Demokratie stiftende und stärkende Maßnahmen und Angebote müssen ausgebaut werden.
- Wir erwarten von Arbeitgeberseite eine höhere Akzeptanz und Unterstützung der persönlichen Weiterbildung ihrer Beschäftigten im Rahmen des Saarländischen Bildungsfreistellungsgesetzes.
- Auch in den Schulen muss politische Bildung eine größere Rolle spielen als bisher.